

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2020)

Heft: 4: Zerfall der Atomindustrie in Europa

Rubrik: Energie aktuell

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Energie aktuell

> Energiegesetz: Der Bundesrat heizt ein



fx. Ab Mitte 2021 wird das Parlament die Energieversorgung der Schweiz diskutieren. Der Bundesrat will eine Botschaft mit dem Titel «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» vorlegen. Bis 2035 sollen 17 Terawattstunden (TWh) und bis 2050 39 TWh erneuerbare Energien (ohne Wasserkraft) produziert werden. Damit erfüllt der Bundesrat unsere Forderung nach einer 100% erneuerbaren Stromversorgung – aber leider viel zu spät. Wir dürfen damit nicht bis Mitte des Jahrhunderts warten. Denn andere Bereiche wie die Landwirtschaft werden voraussichtlich mehr Zeit benötigen, um das Netto-Null-Ziel zu erreichen. Das Parlament muss dem Gesetzesentwurf also noch kräftig einheizen, damit dieser nicht unnötig unserem Klima einheitzt.

> «Neue» Klima- und Energiepolitik in den USA



fb. Trump hat viele Fortschritte beim Klimaschutz abgeschwächt. Der Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen fand just während der US-Wahlen statt. Nachfolger Joe Biden möchte sich erneut zum Klimaabkommen bekennen und die Stromversorgung bis 2035 emissionsfrei gestalten. Vorschriften (wieder) in Kraft zu setzen, benötigt jedoch Zeit. Trotz Trump konnten die USA auf Ebene der Bundesstaaten einiges bewirken. So dürfen in Kalifornien ab 2035 nur noch emissionsfrei angetriebene Autos verkauft werden. Oder Texas, das stark in Windkraftanlagen investiert. Trump hat es nicht geschafft, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu stoppen. Die Kohlestromproduktion hat abgenommen, da sie schlicht nicht mehr mit Wind- und Solarstrom konkurrieren kann.

> IEA: Erneuerbare ab 2025 wichtigste Stromquelle



vs. Erneuerbare Energien sind auf dem Vormarsch. Auch die Corona-Krise kann den Siegeszug von Solar- und Windenergie nicht bremsen. Gemäss dem Bericht «Renewables 2020» der Internationalen Energieagentur (IEA) wachsen die Erneuerbaren in diesem Jahr weltweit kräftig, während es zu Rückgängen bei Öl, Gas und Kohle kommt. Antreiber sind China und die USA. Der Zubau erneuerbarer Energien wird in diesem Jahr auf 200 Gigawatt ansteigen, was fast 90% des gesamten Ausbaus der weltweiten Stromkapazität entspricht.

Die IEA fordert die politischen Entscheidungsträger auf, die starke Dynamik der erneuerbaren Energien durch richtige Entscheidungen zu unterstützen. Denn: «Erneuerbare sind widerstandsfähig gegen die Covid-Krise, aber nicht gegen politische Unsicherheiten», so IEA-Direktor Fatih Birol.

> BAFU-Bericht «Klimawandel in der Schweiz»

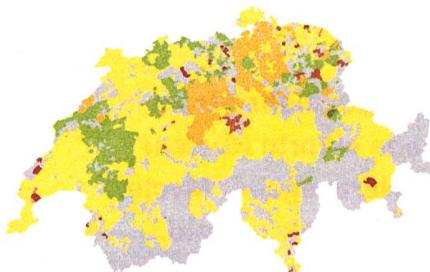


fb. Die Befunde sind nicht neu, zeigen aber einmal mehr: Der Klimawandel ist real und wir sind mit den bisher ergriffenen Massnahmen nicht auf Kurs. Die Schweiz ist stärker betroffen als andere Länder. Geht es so weiter, dann kann die Erwärmung hierzulande bis 2100 um bis zu sieben Grad zunehmen.

Der Bericht zeigt auch, dass wir deutlich mehr klimaschädliche Treibhausgase pro Kopf ausspiessen als andere Länder. Werden zu den Emissionen im Inland die «grauen Emissionen» der importierten Güter aus dem Ausland hinzugezählt, dann steht die Schweiz bei der Klimasünder-Liste auf Rang vier, hinter den USA, Australien und Kanada. Uns trifft grundsätzlich eine besondere Verantwortung. Und langfristig lohnt es sich, das Problem zu lösen, statt abzuwarten. Klimaschutz kostet, aber kein Klimaschutz kostet mehr.

> Stromlandschaft Schweiz: Bitte mehr Grün!

© ZNS



bj. 10 Jahre nach Fukushima kommt die Energiewende in der Schweiz nur zögerlich voran. Ein Projekt von Klima-Allianz Schweiz und dem Stromvergleichsdienst myNewEnergy will PrivatkundInnen und Energieversorger für einen Wechsel auf Ökostromprodukte sensibilisieren. Erfreulich ist, dass die meisten lokalen Stromversorger bereits heute Schweizer Wasserkraft als Standardprodukt führen (gelbe Regionen). Doch für den Ersatz des Atomstroms bis 2035 müssen wir heute rasch neue erneuerbare Energien ausbauen. Die Karte zeigt, wo die Energiewende auf Kurs ist oder an Tempo zulegen muss. Ziel ist, dass die grünen Bereiche grösser werden und die roten Flecken, welche Grau- oder Atomstrom anzeigen, ganz von der Karte verschwinden.

» stromlandschaft.mynewenergy.ch

> Atomwaffenverbot – Wo bleibt die Schweiz?



ti. Am 24. Oktober 2020 hat Honduras als 50. Staat den UNO-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen ratifiziert. Somit tritt das Verbot im Januar 2021 in Kraft. Ein «Sieg für die Menschheit» kommentiert IKRK-Präsident Peter Maurer das Ereignis. Mit dem völkerrechtlich bindenden Vertrag verpflichten sich die Unterzeichnerstaaten, keine Atomwaffen zu entwickeln, produzieren, beschaffen, besitzen oder zu lagern. Leider bleibt die Wirkung des Vertrags auf dessen Symbolkraft beschränkt. Denn die (offiziellen und inoffiziellen) Atommächte sind nicht an Bord – genauso wenig wie die Schweiz und weitere Nato-Staaten. Es bleibt zu hoffen, dass mit der Anzahl Unterzeichner auch der Druck auf die Schweiz, andere Länder und insbesondere die Atommächte wächst.

> Die Suche nach dem «rechten Mass»



ti. Die Suffizienz rückt immer mehr in den Fokus der Klimadebatte. Energie- und Ressourcenverbrauch sollen durch Verhaltensänderung reduziert werden. Die Forschung setzt dabei das «rechte Mass» ins Zentrum: Wie mit den verfügbaren Ressourcen ein gutes Leben für alle ermöglichen? WissenschaftlerInnen der London School of Economics haben ein Szenario entwickelt und den minimalen Energiebedarf, basierend auf einem Katalog von Grundbedürfnissen für ein modernes Leben, berechnet. Dadurch liesse sich der globale Energieverbrauch um rund zwei Drittel senken, sodass sich dieser im Jahr 2050 wieder auf dem Niveau von 1960 befände – trotz Bevölkerungswachstum. Fazit der Studie: Suffizienz ist weitaus weniger «enthaltsam», als Kritiker gemeinhin befürchten.

» <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2020.102168>

> Widerspruch gegen Lieferung an Leibstadt



sb. Deutschland hat zwar den Atomausstieg beschlossen, doch grenznahe Atomkraftwerke gefährden das Land auch über das Jahr 2022 hinaus. Die Waldshut-Tiengener Bürgerinitiative Zukunft ohne Atom (ZoA) sowie weitere atomkritische Organisationen wie der BUND oder IPP-NW gehen nun gegen Lieferungen deutscher Brennelemente an das AKW Leibstadt (KKL) vor.

Die Produktionsstätte der französischen Framatome in Lingen liefert schon seit Jahren Brennelemente ans KKL, aber auch nach Doel in Belgien. Gegen die Lieferungen nach Doel haben Anti-AKW-Aktivisten bereits im April Widerspruch eingelegt. Die Exporte sind damit vorerst gestoppt. Dasselbe Vorgehen haben nun die süddeutschen Organisationen gegen Leibstadt gewählt. Bis 2022 soll das KKL noch genügend Brennelemente vorrätig haben.